

STAATSARCHIV HAMBURG

213-13 Landgericht Hamburg -
Wiedergutmachung

11816

Fach Nr. _____
Lfd. Nr. _____

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

V/2 6175

Geschäftsnummer:

(Bitte bei allen Antworten und Eingaben angeben)

Hamburg, den **21. Mai**
Sievekingplatz, Ziviljustizgebäude,
(Anbau) III. Stock, Zimmer 837a
Fernsprecher: 35 **10 91**

1953

Beschluß

In der Rückerstattungssache

der Frau **Else Rosenberg geb. Stein**
18 Oakfield Avenue, Glasgow W. 2, Engl.

Antragsteller, **in**

Bevollmächtigter: **./.**

Zustellungsbevollmächtigter: **./.**

das Deutsche Reich, gesetzlich vertreten durch die Freie und Hansestadt
Hamburg, Finanzbehörde, diese vertreten durch die
Oberfinanzdirektion Hamburg, **Antragsgegner,**

~~Bevollmächtigter~~ Aktenzeichen: **R 326 - V 414**
beschließt das Wiedergutmachungsamt beim Landgericht Hamburg durch
Gerichtsassessorin **J a n n s e n :**

**I. Der Antragstellerin wird der Justizoberinspektor Greiser beim
Landgericht Hamburg, Präsidialgeschäftsstelle, als Zustellungsbevoll-
mächtigter gemäß Art. 50 Abs. 3 Satz 2 REG. beigeordnet.**

LG. (W) 10 4000, 2.53. E0708

wenden!

Bei Behörden-Heftung
ist diese Seite oben

41 W 617

1902/50

3

Begläubigte Abschrift

18 Oakfield Avenue
Glasgow W 2
12.IX.1946

Der Treuhänder
Amerikanischen, Britischen und
Französischen Militärregierungen
Control Office for Germany and Austria
Overseas Registry, Room 14, Norfolk House,
St. James Square, LONDON SW 1

Sehr geehrte Herren,

Hiermit mache ich die folgenden Ansprüche hinsichtlich meines mir
von den Nazis fortgenommenen Eigentums geltend:

1. Ich hatte einen Geschäftsanteil von 2 000 RM nominal an der "Quick"
Restaurant G.m.b.H. in Berlin-Charlottenburg, Joachimsthalerstrasse -
Britische Zone. Ich war gezwungen, diesen Anteil an eine mir von der
Firma A. Zuntz sel. We., Kaffee-Handlung, in Berlin W. Magdeburger Platz 4,
angewiesene Person zu verkaufen. Der Kaufpreis betrug etwa 8 000 RM.
Der Kaufvertrag wurde bei dem Notar Frost, Unter den Linden, Anfang 1939,
beurkundet, aber ich erhielt niemals die Genehmigung zum Empfang des Geldes.
Wenn ich das Geld nicht erhalten kann, werde ich auch den Anteil zurueck-
nehmen, falls das Geschäft noch besteht.
2. Ich habe die Speditions-Firma Brasch & Rothenstein in Berlin NW, Lueneburger-
str. 22 - Britische Zone - damit beauftragt, unsere Moebel und anderen
Habseligkeiten nach Gross-Britannien zu befoerdern, als wir Deutschland im
August 1939 verliessen. Die Gegenstaende waren in 2 Lifts von 4 und 5 m
verpackt und ich habe noch die Originalrechnung fuer die Transportkosten
ueber 2700 RM.
3. Die Lifts enthielten Moebel fuer 5 Zimmer, Bettzeug, Steppdecken,
Federbetten u.s.w., Glas, Porcellan, darunter ein complettes Limoges Service
fuer 18 Personen, Essbestecke, Bilder, Teppiche, Kuesche aller Art, einen
grossen Koffer mit Kleidern und Kuesche, aller Art Gebrauchsgegenstaende
und Material fuer den Haushalt. Der Gesamtwert betrug ca. 70 000 RM. Die
Lifts konnten nicht mehr befoerdert werden, weil der Krieg ausbrach.
3. Wir mussten auf Befehl der Nazi-Behoerden Anfang 1939 all unser Haushalts-
silber abliefern und erhielten niemals irgend eine Bezahlung dafuer.

Control Office for Germany and Austria
Overseas Registry, Room 14, Norfolk House,
St. James Square, LONDON SW 1

Sehr geehrte Herren,

Hiermit mache ich die folgenden Ansprueche hinsichtlich meines mir von den Nazis fortgenommenen Eigentums geltend:

1. Ich hatte einen Geschaeftsanteil von 2 000 RM nominal an der "Quick" Restaurant G.m.b.H. in Berlin-Charlottenburg, Joachimsthalerstrasse - Britische Zone. Ich war gezwungen, diesen Anteil an eine mir von der Firma A. Zuntz sel Wwe., Kaffee-Handlung, in Berlin W. Magdeburger Platz 4, angewiesene Person zu verkaufen. Der Kaufpreis betrug etwa 8 000 RM. Der Kaufvertrag wurde bei dem Notar Frost, Unter den Linden, Anfang 1939, beurkundet, aber ich erhielt niemals die Genehmigung zum Empfang des Geldes. Wenn ich das Geld nicht erhalten kann, wuerde ich auch den Anteil zuruecknehmen, falls das Geschaft noch besteht.
2. Ich habe die Speditions-Firma Brasch-& Rothenstein in Berlin NW, Lueneburgerstr. 22 - Britische Zone - damit beauftragt, unsere Moebel und anderen Habseligkeiten nach Gross-Britannien zu befoerdern, als wir Deutschland im August 1939 verliessen. Die Gegenstaende waren in 2 Lifts von 4 und 5 m verpackt und ich habe noch die Originalrechnung fuer die Transportkosten ueber 2700 RM.

Die Lifts enthielten Moebel fuer 5 Zimmer, Bettzeug, Steppdecken, Federbetten u.s.w., Glas, Porcellan, darunter ein komplettes Limoges Service fuer 18 Personen, Essbestecke, Bilder, Teppiche, Waesche aller Art, einen grossen Koffer mit Kleidern und Waesche, aller Art Gebrauchsgegenstaende und Material fuer den Haushalt. Der Gesamtwert betrug ca. 70 000 RM. Die Lifts konnten nicht mehr befoerdert werden, weil der Krieg ausbrach.

3. Wir mussten auf Befehl der Nazi-Behoerden Anfang 1939 all unser Haushalts-silber abliefern und erhielten niemals irgend eine Bezahlung dafuer.
Es waren:

1 Dtz. Tischmesser und Gabeln
1 Dtz. Dessertmesser und Gabeln
8 Paar Fischmesser und Gabeln
8 Suppenloeffel, 12 Dessertloeffel
1 Dtz. Theeloeffel 12 Eisloeffel
Vorlegeloeffel, fuer Sauce und Gemuese, Kaese- und Butter-
messer, 2 grosse antike Leuchter.

Der Wert betrug mindestens 1 000 RM.

Hochachtungsvoll

gez. Frau Else Rosenberg
geh. Stein

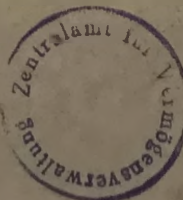
aus Berlin-Charlottenburg, Mommsenstr. 58

Vorstehende Abschrift stimmt
mit der hier vorliegenden Urschrift
ueberein.

Bad Nenndorf, den 8.3.1952

Beglaubigt

Verw. Angest.



Magistrat von Groß-Berlin

Abteilung Rechtswesen

— Wiedergutmachungsamt —

Akt.-Z.: 4 WGA

1903/50

Berlin, den

195
58

Der Treuhänder

der

**Amerikanischen, Britischen und
Französischen Militärregierung**

für zwangsübertragene Vermögen

II
2

① Berlin W 30,
Nürnberger Str. 53-55
Fernsprecher: 24 00 11

16. Feb. 1950

De/Kg

An das

Wiedergutmachungsamt

Berlin

Wiedergutmachungsamt
von Groß-Berlin
25. FEB. 1950
WGA 1902/50

58
4

Reg. Nr. 0/104/K

Journ. Nr. A. L. 4220/50

2. 9. 1901
1903

Betr.: Zuleitung eines Rückerstattungsanspruches gemäß Art. 53

des Rückerstattungsgesetzes vom 26.7.49 — BK/O (49) 180 — Britischer Sektor

1. Antragsteller bzw. Berechtigter auf Grund des Anspruches vom 12.11.1946

Frau Elise Rosenberg, geb. Stein

13 Oakfield Avenue, Glasgow W 2, England

2. Derzeitiger Eigentümer oder Besitzer des Vermögens:

Deutsches Reich

F 25

3. Beanspruchtes Vermögen: 2 Lifts m. Möbeln für 5 Zimmer (s. auch Ziff. 6)

Geschädigter: Elise Rosenberg (fr. Berlin-Charlottenburg
Normenstr. 58)

B 11. MRZ. 1954

Von der Vernichtung sind auszuschließen Bl.

4. Ungerechtfertigte Entziehung durch:

- a) Staats- oder Verwaltungsakt verfallenserklärung nach der 11. VO, zum Reichsbürgergesetz und Verwaltung durch das vorm. Dt. Reich
- b) erzwungenen Vertrag

5. Das unter 3. benannte Vermögen ist auf Grund des Gesetzes Nr. 52, Art. 1, 2, der Militärregierung unter Vermögensbeaufsichtigung gestellt. (Akt-Zeichen ZG Nr.)

6. Bemerkungen: Die hier vorhandenen Akten des ehem. Oberfinanzpräsidenten Berlin-Brandenburg über entzogene Vermögenswerte haben das Az.: O 5210 - 3928/44 (Else Rosenberg)

Bettzeug, Glas, Porzellan (darunter 1 compl. Limoges service f. 16 Personen) Glasbestecke, Bilder, Teppiche, Wäsche, gr. Koffer mit Kleidern u. Wäsche, Gebrauchsgegenstände u. Material für den Haushalt im Gesamtwerte von ca. RM 70.000,- versteigert in Hamburg lt. Schreiben der Gestapo Staatspolizeilaststelle Hamburg Tgb. Nr. IV, 46, 190/41, Erlös: RM 3.205,05 überwiesen auf Konto Oberfin. Kasse des Ob. Fin. Pr. Berlin-Brandenburg bei Reichsbank Berlin, Nr. 1/1111.

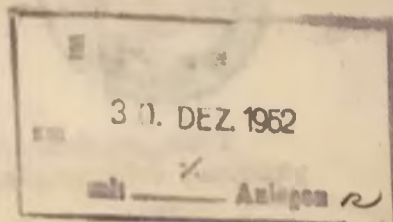
7. Anzahl der Anlagen: --

8. Ich bitte um Empfangsbestätigung auf anhängendem Vordruck.

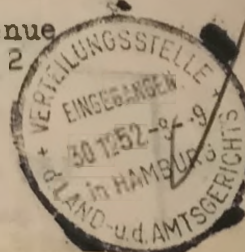
Hier abzutrennen

Oberfinanzdirekt

Hamburg 13, den 28. Jan. 1953



18 Oakfield Avenue
Glasgow W 2
26.XII.52



An das Wiedergutmachungsamt

Wiedergutmachungsamt

Hamburg 36, den

18.11.52

Der Senator für Finanzen
- Sonderermögensverwaltung -
LFA- S Vermög. II/D 5

Berlin W 30, den 16. Jan. 53
Nürnberger Str. 53/55

Wiedergutmachungsamt

von Berlin
1.8. JAN 1952

WGA...../.....

2414. E - 4 WGA 1902/50

An die
Wiedergutmachungsämter von Berlin
Berlin- S c h ö n e b e r g.

Betrifft: Rückerstattungsverfahren Else R o s e n b e r g
geb. Stein, Glasgow, ./. Deutsches Reich.
- 2 Lifts Möbel.

Anlage: 1 Durchschrift

Ich bedauere, dem geltend gemachten Anspruch widersprechen zu müssen.

Aus der durch den Treuhänder gegebenen Substantiierung des vorliegenden Anspruches ist eindeutig zu entnehmen, daß die in der Bekanntgabe der Anmeldung bezeichneten zwei Lifts mit Möbeln im Auftrage der Geheimen Staatspolizei Hamburg in Hamburg versteigert worden sind. Die bezeichneten Gegenstände befanden sich demnach noch in Hamburg im Eigentum der Anspruchstellerin. Erst dort

sind

Gesehen am

Abgesandt am

- 3. Feb. 1953

Vorgelegt - nach Fristablauf - am: - 2. April 1953

3. Kauf 2. von

Zurück

sind sie entzogen worden. Die Rückerstattungsanordnung vom 26.7.49, deren Geltungsbereich lediglich auf die drei Westsektoren von Berlin und auf innerhalb dieses Bereiches noch feststellbare Vermögensgegenstände beschränkt ist, kann nach alledem auf den vorliegenden Entziehungsakt keine Anwendung finden.

Im Interesse der Anspruchstellerin bitte ich zur Vermeidung von Fristversäumnissen, den vorliegenden Anspruch von Amts wegen an das örtlich zuständige Wiedergutmachungsamt abzugeben. Ich bitte weiter, den hier vorgelegten Anspruch mangels Schlüssigkeit zurückzuweisen.

Im Auftrage:

Handwritten: *Wiedergutmachungsamt*
an der (Sog.) Landw. u. Forst.
Wiedergutmachung.

Handwritten: 2. Kanzlei
Gef. 1,2
Abges.

Handwritten: 23.1.

Handwritten: 31/1.12.

Handwritten: 4) Klaus (in 8. Hofstr. 10000)
Handwritten: (auftragsamt) Klaus (Gef.)
Handwritten: 6) Klaus (Gef.)

Handwritten: Klaus (Gef.)

Oberfinanzdirektion Hamburg

R 326 - B



Hamburg 13, den 28. Jan. 1953
Postanschrift Hartungstr. 5
Büro Wiedergutmachung:
Hmb 13, Magdalenenstr. 64a
Tel.: 34 10 04

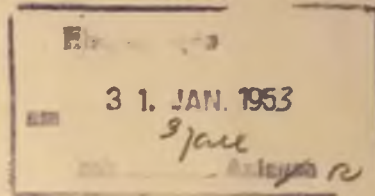
An das

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

H a m b u r g 36

Sievekingplatz

(dreifach)



Betr.: Rückerstattungssache Frau Elsa Rosenberg geb. Stein
früher Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 58

Bezug: Dort. Schreiben vom 18.11.1952 Az.: V/Z 6175

Zu dem Antrag gemäß Bezugsschreiben wird wie folgt Stellung
genommen:

Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß das
Unzugsgut von Frau Elsa Rosenberg geb. Stein, früher wohnhaft
in Berlin-Charlottenburg, Mommsenstraße 58, durch die ehemalige
Geheime Staatspolizei beschlagnahmt wurde. Welcher Auktionator
die Versteigerung vorgenommen hat, konnte leider nicht fest-
gestellt werden. Aus den hier vorhandenen Listen der ehemaligen
Gestapo ist zu ersehen, daß diese den erzielten Versteigerungs-
erlös in Höhe von RM 3.205,05 am 21.9.1944 an die Oberfinanz-
kasse in Berlin-Brandenburg überwiesen hat. Das Restitution
Files Office in Berlin-Dahlem hat mit Schreiben vom 19.1.1953
bestätigt, daß der obige Betrag am 23.10.1944 von der Oberfinanz-
kasse Berlin-Brandenburg vereinnahmt wurde.

Nach den von den hiesigen Wiedergutmachungsbehörden in
ständiger Praxis bei gleichgelagerten Fällen angewandten
Bewertungsgrundsätzen errechnet sich anhand des Versteigerungs-
erlöses ein Schadensersatzwert von RM 6.200,--.

Es werden keine Einwendungen gegen den Erlaß eines RM-
Feststellungsbeschlusses in dieser Höhe erhoben.

Entziehungstag: 21.9.1944

Die Erfüllung des Anspruchs bestimmt sich nach der künftigen
gesetzlichen Regelung der Reichsverbindlichkeiten.

Im Auftrag
gez. Binert

Mg.

1. Abpr. an Frau Elsa Rosenberg
(Anspr. Gl. 9)

2. Kenntn. u. Willigung zu
dem von der OFD vorgef. *24*
Fugpr. Waffeng.

3. Fr. 1972. Löffm.

3. Kauf 2 Mon.



beglaubigt:

Mg.

Kanzleigestellte

Ausgefertigt am 30.1.53
Gelesen am
Abgesandt am - 3. Feb. 1953

Vorgelegt - nach Fristablauf - am: - 2. April 1953

Oberfinanzdirektion Hamburg

KURT ROSENBERG

18 OAKFIELD AVENUE

GLASGOW, W.2

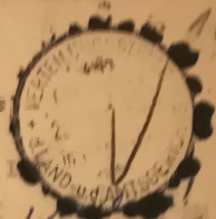
PHONE: WEST 4840

20.11.1953

18 Oakfield Avenue

Glasgow W 2

20.11.53



An das Widergutmachungsamt
bei dem Landgericht Hamburg
Hamburg 36
Sievekingplatz
Ziviljustizgebäude
Zimmer 832a

Betrifft: Mindererstattungsache
Frau Elise Rosenberg geb. Stein
AZ.: V/2 6175

Auf die mit Verfügung vom 2.d.Mts. mir mitgeteilte Stellungnahme der Oberfinanz-Direktion Hamburg möchte ich Folgendes bemerken:

Die bewilligte Summe von 6200RM als Schadensersatzwert erscheint mir zu gering. Sie erreicht nicht einmal das Doppelte des Vorsteigerungserlöses, der 3205,05 RM betragen hat.

Ich überreiche zunächst eine Abschrift der Rechnung der Speditionsfirma über die Transportkosten, für die wir damals allein 2755 RM bezahlt haben. Ich weiß nicht, ob wir Anspruch auf Ersatz dieser Kosten haben, doch dürfte das jedenfalls insoweit der Fall sein, als sie die Lifts selbst betreffen, die meiner Erinnerung nach mit ca. 800 RM berechnet wurden und uns gehörten. Die müssen also mit versteigert worden sein.

Über den Inhalt der Lifts, soweit meine Frau und ich ihn noch im Gedächtnis haben, möchte ich Folgendes bemerken:

I Schlafzimmer.

2 Betten mit Rosshaarmatratzen je 400 RM	800 RM
2 Nachttische je 50 RM	100
2 Nachttischlampen je 25 RM	50
Kleiderschrank mit Spiegel	200
Wäscheschrank	100
Couch	50
Marmorwaschtisch mit Metallgestell	150
3 Stühle	60
2 Fenster Gardinen	150
	<hr/> 1660 RM

II Zweites Schlafzimmer.

2 Bettstellen mit neuen Sprungfedermatratzen	600 RM
1 Waschtisch	100
1 Schrank	100
1 Fenster Gardinen	50
	<hr/> 850 RM

1. Kauf 2. Kauf

Ausgefertigt am 20.11.53
Gelesen am
Abgegeben am 2. Mai 1953



III Herrenzimmer.

- 1 große Bibliothek mit Truhe und zwei Seitenschränken
- 1 Schreibtisch
- 2 Clubsessel je 100 RM
- 1 Schreibtischsessel
- 6 Lederstühle je 40 RM
- 2 Fenster Gardinen

1000 RM
200
200
60
240
150
1850 RM

IV Wohnzimmer.

- Garnitur bestehend aus Sofa, 2 Lehnssesseln und 6 Stühlen mit hell gemustertem Stoff überzogen
- 1 Bücherschrank
- 1 Vitrine
- 2 Fenster Gardinen

600 RM
400
300
150
1450 RM

V Esszimmer.

- 1 großes Buffet mit eingebautem Silberschrank
- 1 Anrichte
- 1 großer Speisetisch
- 1 Standuhr mit Likörschrank
- 12 Lederstühle je 50 RM
- 2 Fenster Gardinen

1500 RM
200
200
150
600
150
2800

I Schlafzimmer.

- I Schlafzimmer RM 1660
- II Zweites Schlafzimmer 850
- III Herrenzimmer 1850
- IV Wohnzimmer 1450
- V Esszimmer 2800

RM 8610

Hierzu kommt noch Folgendes:

- 2 große echte Teppiche und 5 Brücken
- 10 - 12 Oelbilder und Kupferstiche

800 RM
500
1300 RM

14

Blatt 2

	Transp.
	1300 RM
	2400
Wäsche und Kleidungsstücke	
Bettzeug (Plumeaus, Steppdecken, Kopfkissen, Bettdecken)	700
Kücheneinrichtung (Kochtöpfe, Backformen etc.)	500
Minoleum für mehrere Zimmer	300
Glas und Cristall	300
1 Limoges Porcellan-Service für 18 Personen inf. weiß mit blau und goldenem Rand - 4 Sorten Teller, Saucieren, Schüsseln etc.	1200
Bücher	1000
5 elektrische Beleuchtungskörper mit Glühlampen	500
Vorräte für den Haushalt an Putzmitteln etc.	200
	<u>8400 RM</u>

A. 8610 RM

B. 8400

17010 RM

Ich möchte noch bemerken, daß unsere Einrichtung bei den bekannten Berliner Möbelfirmen Flatow & Priemer und Hess & Rom angeschafft wurde und weit über 10 000 RM gekostet hat. Die Teppiche und das Porcellan waren Hochzeitsgeschenke. Die Möbel waren im guten Stand, da wir sie aufarbeiten ließen, sobald irgend etwas schadhafte würde. Vor der Auswanderung hatten wir noch große Anschaffungen von Wäsche und Bettzeug gemacht, auch das abgelieferte Tafelsilber durch Alpaca-Bestecke für 18 Personen ersetzt. Ein Posten hierfür fehlt in der Aufstellung und es mag auch noch Manches andere Vergessen sein. Ich schätze den Gesamtwert auf rund 20 000 RM. Meine Bibliothek enthielt sowohl juristische wie allgemeine Werke. Ich hatte Jahrzehnte lang daran gesammelt. Es waren viele Bücher in Liebhabereinbänden darunter, z.B. Anatole France, Vie de Jeanne D'Arc, Taine, Origines de la France contemporaine, Treitschke's Deutsche Geschichte, eine sehr schöne Goethe-Ausgabe in 40 Bänden von Cotta 1840 u.s.w.

Es ist sehr schwer, eine ganz exakte Schätzung zu geben, da alle Unterlagen verloren gegangen sind. Ich bin aber der Ansicht, daß die Schätzung der OFD erheblich erhöht werden muß und bitte, dies zu veranlassen.

Beim Briefe an den

6 Romm

Ausgefertigt am 2.3.53

Gelesen am 3. März 1953

1) *2000 (an OFD) 3.4.53* *Haft 1 Mon.*
 2) *3. Fr.* *26/2.53* *Haft 2/4.53.*

3. Haft 2 Mon.

Haft 4.53.

ausgegeben am 2. Mai 1953

Gelesen am 2. Mai 1953

Abschrift!

Brasch & Rothenstein
Inhaber Harry W. Hamacher
Spediteure
Telegraphische Adresse: Braschrotu
Reichsbank Berlin Kto. No. 7173
Postscheckkonto Berlin 878

Berlin, NW, den 14. Aug. 1939
Tel. Sammel-No. 35 66 41
Lüneburgerstr. 22
Ref. No. 8901
In Ihrer Antwort gefl.
anzugeben.
Hausanschluß No. 41

Rechnung Herrn Dr. Kurt Israel Rosenberg
Charlottenburg, Mommsenstr. 58

Sendung: 1 Partie Umzugsgut 4 und 5 m Lift nach Glasgow

Transport ab Haus Berlin
bis Ankunftsschiff Glasgow RM 2650
Zollabfertigung RM 105
RM 2755
=====

Bereits bezahlt: RM 500
1916,47
RM 2416,47

Rest: RM 338,53

Erhalten.

Gez. Unterschrift
25/8 39

NAU/NU

Ausgefertigt am 30. 8. 53
Gelesen am
Abgelesen am 2. Mai 1953

5. Kauf 2. Mon.

W. 1874.53

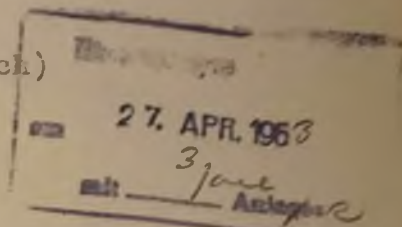
An das

Wiedergutmachungsamt
beim Landgericht Hamburg

(24a) Hamburg 36,

Sievekingplatz

(dreifach)



Betr.: Rückerstattungssache Frau Else Rosenberg geb. Stein,
fr. wohnhaft Berlin-Charlottenburg, Mommsenstrasse 58.

Bezug: Dort. Schreiben vom 2.3.1953 - Az.: V Z 6175 -

Zu dem mir mit Bezugsschreiben übersandten Schriftsatz
der Antragstellerin vom 20.2.1953 nehme ich wie folgt Stellung:

Die von der Antragstellerin in ihrer Aufstellung vom
20.2.1953 eingesetzten Preise sind z.T. reichlich übersetzt.
Die angesetzten Werte sind ohne Zweifel Wiederbeschaffungswerte.
Nach dem Rückerstattungsgesetz sind bei Rückerstattungsanträgen
aber nicht die Wiederbeschaffungspreise zugrunde zu legen, sondern
lediglich der Wert der Gegenstände im Zeitpunkt der Entziehung.

Die Errechnung des Wertes der versteigerten Gegenstände
erfolgte, wie bereits in der diesseitigen Stellungnahme vom
28.1.1953 erwähnt, nach den Bewertungsgrundsätzen, wie sie in
ständiger Praxis bei gleichgelagerten Fällen angewendet werden.
Eine Auskunft der Deutschen Golddiskontbank in Berlin vom 17.1.53
besagt, dass eine Dego-Zahlung für die Mitnahme des Umzugsguts
in das Ausland nicht festgestellt wurde.

Die Oberfinanzdirektion ist zu ihrem Bedauern nicht in
der Lage, eine Änderung ihrer Stellungnahme vom 28.1.53 vorzuneh-
men.



beglaubigt:

Kopp

Kanzleiangestellte

Im Auftrag
gez. Sillem

Hg.

1. Abpf. an Frau Else Rosenberg,
18 Oakfield Avenue, Glasgow W2, Engl.,

2. Kenntnis u. Hallungen.

Welche Anträge werden jetzt geprüft?

3. Fr. 7/5. Löffel.

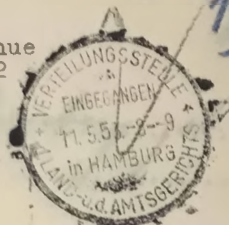
3. Kauf 2 neu.

W. 1874.53

Ausgefertigt am 30. 4. 53
Gelesen am
Abgegeben am 2. Mai 1953

DR. CURT ROSENBERG
18 OAKFIELD AVENUE
GLASGOW, W.2
PHONE: WEST 4348

18 Oakfield Avenue
Glasgow W 2
7. Mai 1953



In Sachen
Else Rosenberg Rückerstattung
V Z 6175

11. MAI 1953

habe ich das Schreiben der OFD Hamburg vom 20.4.53 erhalten. Ich möchte darauf bemerken, daß ich mich demgegenüber auf meine ausführliche Darstellung in dem Schriftsatz vom 20. Februar cr. beziehe. Ich habe dort den Gesamtwert der Gegenstände, soweit sie mir noch erinnerlich sind, auf 17 010 RM angegeben, den Schaden aber auf rund 20 000 RM geschätzt. Ich will dem nur noch hinzufügen, daß die Speditionskosten allein 2755 RM betragen haben und daß man so viel nicht anwendet, wenn es sich nicht um sehr wertvolle Gegenstände handelt.

Wenn es erforderlich ist, einen bestimmten Antrag zu stellen, so würde ich unter Berücksichtigung der Tatsache, daß nicht der Wiederbeschaffungswert, sondern der Wert zur Zeit der Entziehung zu Grunde zu legen ist, 15 000 DM verlangen.

Mir liegt vor allem an einer schnellen Entscheidung, da ich jetzt 77 Jahre alt bin und meine Frau 64 haben wir nicht mehr viel Zeit zu verlieren.

Abschrift liegt bei.

An das Landgericht
Hamburg
Wiedergutmachungsamt
Hamburg 36
Sievekingplatz 1

E. Rosenberg

früher Rechtsanwalt & Notar
in Berlin

Angefertigt am 26.5.53

V
WK

Ug.
1. Off. an OFD Hbg.
(B326-73474)

3. Einm.

12/53

2. 3A.

16/5.53

2

21

VOLLMACHT

Ich/wir/der/die Unterzeichnete *Elsa Rosenberg geb. Stein*
.....
bevollmaechtige

mich/uns bei der Geltendmachung und Verwirklichung meiner/unserer
Kueckerstattungs- und Entschaedigungsansprueche (Wiedergutmachungs-
ansprueche) in Deutschland in allen meinen/unseren Angelegenheiten
sowohl bei Gerichten, Grundbuchaemtern, Nachlassgerichten und an-
deren Behoerden als auch Dritten gegenueber zu vertreten. Die Ver-
tretungsmacht meines/unseres Bevollmaechtigten soll sich ohne jede
Ausnahme auf alle Rechtsgeschaeftte erstrecken, sowie alle Rechts-
handlungen, welche von mir/uns und mir/uns gegenueber vorgenommen
werden koennen, soweit die Gesetze eine Vertretung zulassen. Mein/
unser Bevollmaechtigter ist berechtigt, fuer den gesamten Geschaefts-
kreis, fuer einzelne Geschaeftte oder fuer einen Kreis von Geschaeften
Unterbevollmaechtigte zu bestellen. Mein/unser Bevollmaechtigter
ist von der Beschraenkung des Paragraphen 181 BGB befreit. Hiernach
ist der Bevollmaechtigte berechtigt, Gelder fuer mich/uns in Empfang
zu nehmen und sich wegen Gebuehren und Auslageanspruechen aus diesen
zu befriedigen.

..... *Elsa Rosenberg geb. Stein*
Unterschrift

Elsa Rosenberg

Adresse *18 Oakfield Ave.*
Stapfer N. 2 *Leitland*
Datum *11. Juli 1953*

Kaufverpflichtung!
1. Okt. 58/59

28

Landgericht Hamburg,
2. Wiedergutmachungskammer.

2 WiK 329/1953
v/Z 6175

Rechtskraftzeugnis

Ist dem *Gegenseitig* - *Ord.* -
auf Grund Zust. Urk. v.
d. *Landgericht* d. *1. Okt. 58/59*
am *19. Febr. 1955* erstellt.

Beschluss.

In der Rückerstattungssache
der Frau Else Rosenberg, geb. Stein,
18 Oakfield Avenue, Glasgow W 2/England,
Antragstellerin,
Bevollmächtigte: United Restitution Office,
Hannover, Kaulbachstraße 23 - UK/R/35 -
gegen

das Deutsche Reich,
gesetzlich vertreten durch die Freie und
Hansestadt Hamburg, -Finanzbehörde-, diese
vertreten durch die Oberfinanzdirektion,
Hamburg, Magdalenenstraße 64,
- R 326 - B 414 - ,

Antragsgegner,

erkennt das Landgericht Hamburg, 2. Wiedergutmachungs-
kammer, auf Grund mündlicher Verhandlung, durch
folgende Richter:

1. Landgerichtsdirektor Dr. Roscher,
2. Amtsgerichtsrat Ehrhardt,
3. beauftragter Richter Faull

am 14. Oktober 1953 beschlossen:

I. Es wird festgestellt, daß das Deut-
sche Reich verpflichtet ist, der Antrag-
stellerin ^{für} den Verlust versteigerten Umzugs-
gutes in Höhe von 8.000.- RM Schadensersatz
zu leisten. Als Zeitpunkt der Entziehung
wird der 21. September 1944 festgestellt.

Rechtskraftzeugnis

Mit

Ist dem *Antragstellerin*
auf Grund Zust. Urk. v. *29. 10. 53*
d. Besch. d. Urkds. Z. d. Hans. Oberl.
Ger. (§ 706, 2 ZPO.) v. *7. 10. 54*
u. d. Schr. d. Board of Review v. *15. 10. 54*
am *17. März 1955* erstellt.

Ho

22. Okt. 1953

II. Mit weitergehenden Ansprüchen wird die Antragstellerin abgewiesen.

III. Der Beschluß ergeht gerichtagebührenfrei; außergerichtliche Auslagen werden nicht erstattet.

G r u n d e .

Die Antragstellerin sowie ihr Ehemann, der frühere Rechtsanwalt Dr. Curt Rosenberg, sind Juden im Sinne der Rassegesetzgebung des früheren Dritten Reiches. Sie wohnten früher in Berlin-Charlottenburg und wanderten 1939 auf Grund der Verfolgungsmaßnahmen gegen die Juden aus Deutschland aus. Ihr Umzugsgut, bestehend aus 2 Liftvans von 4 und 5 mtr, ließen sie in dem Freihafen Hamburg bringen, wo es die Gestapo beschlagnahmte und versteigern ließ. Der Nettoversteigerungserlös von 3.205.05 RM wurde am 21. September 1944 an die Oberfinanzdirektion Hamburg überwiesen.

Die Antragstellerin hat Rückerstattungsansprüche nach dem Gesetz Nr. 59 der britischen Militärregierung rechtzeitig angemeldet. Sie hat vorgetragen, daß es sich bei dem versteigerten Umzugsgut um eine Fünfstümmereinrichtung mit wertvollen Möbeln, Teppichen etc. gehandelt habe. Den Wert der Sachen hat sie mit 70.000.- RM in ihrer Anmeldung angegeben. Später hat sie eine Liste des Umzugsgutes eingereicht, wonach der Wert der Sachen zur Zeit der Entziehung zwischen 17 und 20.000.- RM ~~geschätzt~~ geschwankt hat. Zum Beweise ihrer Behauptungen hat sie eine Frachtkostenrechnung über 2755.- RM überreicht. Sie hat schließlich beantragt, auf Zahlung von 15.000.- DM zu erkennen, notfalls in dieser Höhe die Schadensersatzpflicht des Deutschen Reiches festzustellen.- Ein Versteigerungsprotokoll ist nicht

nicht mehr vorhanden. Der Nettoversteigerungserlös hat sich lediglich aus den noch vorhandenen Versteigerungslisten der Gestapo ergeben.

Der Antragsgegner hat der Rückerstattung grundsätzlich nicht widersprochen, sich jedoch lediglich bereit erklärt eine Schadensersatzpflicht in Höhe von 6.200.- RM mit dem Entscheidungstag 21. September 1944 anzuerkennen.

Da die Parteien sich nicht geeinigt haben, hat das Wiedergutmachungsamt gemäß Art. 55 REG die Sache an die Wiedergutmachungskammer beim Landgericht Hamburg verwiesen, vor der mündlich verhandelt ist. Die Sach- und Rechtslage wurde erörtert.

Die Antragstellerin hat dann weiter vorgetragen, daß sie mindestens den Gebrauchswert der Gegenstände verlange, der sich aber vom normalen Verkaufswert in der Höhe wesentlich unterscheide.

Dem Antrage der Antragstellerin war in der aus der Beschlußformel ersichtlichen Höhe zu entsprechen. Weitergehende Ansprüche waren abzuweisen.

Es ist außer Streit, daß die Antragstellerin sowie ihr Ehemann aus Gründen der Rasse auswandern mußten und daß die Versteigerung des Lifts eine unberechtigte Entziehung im Sinne der Art. 1 und 2 REG darstellt. Es handelt sich um feststellbare Vermögensgegenstände im Sinne des Art. 1 REG. Die Beschlagnahme und Versteigerung durch die Gestapo stellt sich als Mißbrauch staatlicher Machtbefugnis dar. Würden die Sachen noch vorhanden bzw. feststellbar sein, so wäre die Rückerstattung in Natur anzubestimmen. Da sie aber versteigert sind, tritt an die Stelle der Rückerstattung ein Schadensersatzanspruch nach Art. 26^{II} REG.

Für die Höhe des Schadensersatzes kommt es nach
ständiger

ständiger Rechtsprechung des Hanseatischen Oberlandesgerichts und der Kammer auf den Wert der entzogenen Sachen im Zeitpunkt der Entziehung an, nicht auf Wiederbeschaffungs- oder Anschaffungswerte. Das Gericht hat demgemäß in freier Beweiswürdigung nach § 287 ZPO den Wert der entzogenen Sachen im Zeitpunkt der Entziehung zu ermitteln. Dieser Wert kann nur der objektive Wert der Sachen unter Berücksichtigung des Abnutzungsgrades sein. Der von der Antragstellerin zur Diskussion gestellte „Gebrauchswert“ der Sachen läßt sich nach Ansicht des Gerichts nicht anders als dem gemeinen Wert solcher Sachen in gebrauchtem Zustande ermitteln. Wenn die Antragstellerin darauf hinweist, daß sie die Sachen niemals verkauft hätte und es daher auch nicht auf den Verkaufswert ankomme, so war der Wert der Sachen trotzdem nur derjenige, den die Antragstellerin selbst, falls sie die Sachen gleicher Art in diesem Augenblick als gebrauchte gekauft hätte, hätte bezahlen müssen. Ein individuell verschiedener Gebrauchswert für jeden verschiedenen Hausstand läßt sich ohnehin praktisch niemals ermitteln.

Da die Sachen einem Sachverständigen zur Abschätzung nicht mehr vorgelegt werden können, mußte das Gericht auf andere Weise versuchen, den Wert der Sachen zur Zeit der Entziehung festzustellen. Das Gericht hat in jahrelanger Praxis durch Vernehmung verschiedener Sachverständiger und an Versteigerungen jüdischen Umzugsgutes beteiligter Personen ermittelt, daß der Versteigerungserlös zweifellos sehr gering war, daß aber umgekehrt bei einfachen Hausständen etwa der $1\frac{1}{2}$ fache Betrag des Versteigerungserlöses und bestenfalls der $2\frac{1}{2}$ fache Betrag dem wirklichen Wert entspricht. In jedem Falle kommt es darauf an, in welchen Vermögensverhältnissen die Geschädigten vor Entziehung der Sachen gelebt haben, ob es sich um einen luxuriösen Hausstand gehandelt hat oder um einen

32

33

einen durchschnittlichen bzw. einfachen, wie der Pflegezustand der Sachen war, Länge der Lagerung im Freihafen etc. Bei der Multiplikation ist berücksichtigt, daß die Sachen im allgemeinen durch längere Lagerung im Freihafen ohnehin gelitten haben. Das gilt auch für diesen Fall, da der Versteigerungserlös erst im September 1944 der Gestapo überwiesen ist und bereits seit 1939 das Umzugsgut der Antragstellerin im Freihafen gelagert hatte.

Ein Blick in die Liste der Sachen der Antragstellerin beweist, daß es sich zwar um einen reichhaltigen Haushalt von 5 Zimmern mit guten Teppichen, Brücken und Bildern gehandelt hat, daß aber bei dem Alter der Antragstellerin (jetzt 64 Jahre) es sich um Sachen handelt, die bereits lange Jahre im Gebrauch waren und infolgedessen einen geringen objektiven Wert darstellten. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes erschien es angemessen, den etwa zweifachen Betrag des Versteigerungserlöses zugrunde zu legen. Auf diese Weise gelangt das Gericht zu der Summe von 8.000.- RM, auf die erkannt ist.

Es konnte nur eine Feststellung der Zahlungspflicht des Antragsgegners in Reichsmark erfolgen, da gemäß § 14 Umstell.Ges. die Umstellung der gegen das Deutsche Reich gerichteten Reichsmarkforderungen einer späteren gesetzlichen Regelung vorbehalten ist.

-Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 63 in Verbindung mit § 7 der 2.Ausf.VO.z!REG.

M. Rauber

H. J. J. J.

Laub

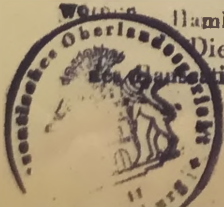
außer der folgenden Befunde sind 13.1.54. (bl. 36)
den zurückgegangenen Werten (bl. 38)
In berechneter Rechtsangelegenheit bis

Zum 16. März 1954 einschl.

ohne Rechtsmittelschrift bei dem Hansatischen Oberlandesgericht nicht eingebracht

Hamburg, den 7. März 1954

Die Geschäftsstelle
des Hansatischen Oberlandesgerichts



Rein
Justizinspektor *L. J.*